



Niederschrift der 17. Ratssitzung

Ort, Raum: Neues Rathaus, Beratungsraum "Goldener Saal", Markt 7 A,
06526 Sangerhausen

Datum: 21.05.2026

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:12 Uhr

Anwesenheit:

Oberbürgermeister

Herr Torsten Schweiger

Vorsitzender

Herr Andreas Skrypek

1. Vertreter des Vorsitzenden

Herr Tim Schultze

2. Vertreter des Vorsitzenden

Herr Arndt Kemesies

Fraktionsmitglied CDU

Frau Sandra Biedermann

Herr Patrick Ruppe

Herr Martin Sanhen

Herr Volker Schachtel

Herr Frank Schmiedl

Herr Holger Scholz

Frau Regina Stahlhacke

Herr Frank Wedekind

Fraktionsmitglied BOS-FDP

Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser

Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel

Herr Klaus Kotzur

Frau Sabine Künzel

Frau Karoline Spröte

Fraktionsmitglied B.I.S.

Frau Käthe Milus

Herr Klaus Peche

Herr Daniel Predatsch

Herr André Reick

bis 18:53 Uhr anwesend

Frau Silke Seifert

Fraktionsmitglied SPD

Herr Dr. Erik Hille

Fraktionsmitglied SOS

Herr Uwe Ostrowski

Herr Danilo Siefke

Herr Nico Siefke

Fraktionsmitglied AfD

Herr Andy Bärschneider

Frau Andrea Baust

Herr Andreas Gehlmann

Frau Franziska Koch

Herr Martin Thunert

Herr Thomas Wilke

ab 16:53 Uhr anwesend

fraktionslos

Herr Alexander Dobert

sachkundige Einwohner/-innen

Frau Marina Bernau

Herr Thomas Gerdewitz

Herr Ingo Hauptmann

Herr Franziskus Neugebauer

Herr Eberhard Nothmann

Herr Kevin Schunke

Ortsbürgermeister/in

Frau Ulrike Lange

Fachbereichsleiter

Frau Maria Diebes

Herr Jens Schuster

Referentin

Frau Annika Wolff

Protokollführer/-in

Frau Madeleine Schneeгаß

Verwaltung

Frau Kristin Hochhäuser

Frau Stephanie Jentsch

Frau Tina Worbs

Abwesend:

Fraktionsmitglied BOS-FDP

Herr Uwe Goerlich entschuldigt

Herr Alexander Janzen entschuldigt

Fraktionsmitglied AfD

Herr Bernd Hecker entschuldigt

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 16.04.2026
4. Bericht des Oberbürgermeisters
5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
 - 6.1. Berufung und Verpflichtung von Stadträten auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten nach § 53 Abs. 2 KVG LSA
 - 6.2. Bestimmung von Vertretern für den Beirat der Rosenstadt GmbH Sangerhausen
 - 6.3. Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 105 KVG LSA in Höhe von 99.992,26 € für die Anschaffung eines mobilen Wasserschutzsystemes
 - 6.4. Aufhebung Sperrvermerk Haushaltsplan 2026 für das Bad in Wolfsberg

- 7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung
- 7.1. Eilentscheidung zur 1. Änderung des Nutzungsvertrages der Sportstätte "Sportplatz Wippra"
- 8. Information über Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse
- 12. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnete die 17. Stadtratssitzung und begrüßte die Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.
Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 32 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 8. und TOP 12. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 9 bis 11 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Die Verwaltung schlägt vor:

- **TOP 6.1** Berufung und Verpflichtung von Stadträten auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten nach § 53 Abs. 2 KVG LSA
und
- **TOP 6.2** Bestimmung von Vertretern für den Beirat der Rosenstadt GmbH Sangerhausen

von der Tagesordnung abzusetzen.

Begründung: Die Person kann heute nicht anwesend sein.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 16.04.2026

Die Niederschrift wurde am 30.04.2026 mit den Unterlagen zur Ratssitzung versandt bzw. im Ratsinformationssystem veröffentlicht.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	26
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	6

Die Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 21.05.2026 wurde mehrheitlich bestätigt.

TOP 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt bzw. veröffentlicht.

TOP 5 Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Peche erklärt, er wolle einen Vorgang ansprechen, der ihn sowohl politisch als auch persönlich betreffe. Es gehe um Vertrauen, Verantwortung und den Umgang miteinander im Stadtrat. Er berichtet, in einer kleinen nichtöffentlichen Runde seien ausschließlich die Fraktionsvorsitzenden über ein sensibles Ansiedlungsvorhaben informiert worden. Dabei sei ausdrücklich auf die Vertraulichkeit der Informationen hingewiesen worden, da diese dem Schutz der Stadt, dem Schutz laufender Verhandlungen sowie einer verantwortungsvollen Entscheidungsfindung dienten. Er führt aus, er habe sich an diese Vorgabe gehalten und innerhalb seiner Fraktion nur das absolut Notwendige weitergegeben. Umso mehr habe ihn getroffen, dass ein Redakteur der Lokalpresse ihn kontaktiert und über Details verfügt habe, die nach seiner Darstellung nur einem sehr kleinen Personenkreis bekannt gewesen seien und keinesfalls hätten nach außen gelangen dürfen. Dies habe ihn verletzt, weil aus seiner Sicht jemand aus diesem kleinen Kreis die Vertraulichkeit missachtet habe. Zugleich betont er, er habe sich gegenüber dem Redakteur nicht verborgen, sondern seine persönliche Haltung zu dem bereits bekannten und zur Veröffentlichung vorgesehenen Sachverhalt offen dargelegt, weil die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf hätten zu erfahren, wo er stehe. Er ergänzt, seine Fraktionskolleginnen und Fraktionskollegen hätten ihn ausdrücklich gebeten, seine persönliche Haltung hierzu auch im öffentlichen Teil der Ratssitzung klar zu benennen. Weiter erklärt er, es ändere nichts an der Tatsache, dass dem Redakteur Informationen vorgelegen hätten, die er selbst nicht einmal an die eigenen Ratsmitglieder weitergegeben habe. Dies mache ihn traurig, wütend und nachdenklich, weil ein Bruch der Vertraulichkeit nicht nur Oberbürgermeister, Verwaltung oder Fraktionsvorsitzende, sondern die Glaubwürdigkeit des gesamten Gremiums treffe. Deshalb fordert er eine Aufklärung darüber, wie die Informationen nach außen gelangt seien, und zwar nicht aus Rache oder politischem Kalkül, sondern weil dies den Menschen in der Stadt geschuldet sei. Ferner äußert er, wer einen solchen Vertrauensbruch begangen habe, solle ernsthaft prüfen, ob er oder sie dem Stadtrat weiterhin angehören könne, da ohne Vertrauen eine gemeinsame Arbeit und verantwortliche Mandatsausübung nicht möglich seien. Abschließend spricht er sich dafür aus, den Vorfall nicht folgenlos abzuwickeln, sondern ihn zum Anlass zu nehmen, sich der gemeinsamen Verantwortung und der Pflicht, Vertrauen zu verdienen, erneut bewusst zu werden.

Herr Hille nimmt auf die im Bericht des Oberbürgermeisters dargestellte Liquiditätslage Bezug. Er führt aus, die Liquidität habe sich zwar im laufenden Monat leicht verbessert, zugleich werde nach der Prognose im November der vorgegebene Rahmen überschritten. Dabei sei die geänderte Kreisumlage in dieser Prognose noch nicht einmal berücksichtigt. Vor

diesem Hintergrund fragt er, ob seitens der Verwaltung weitere Maßnahmen geplant seien. Er weist darauf hin, dass die bislang positive Prognose vor allem darauf beruht habe, dass zusätzliche Einzahlungen erfolgt und Investitionsmaßnahmen mehr oder weniger nach hinten verschoben worden seien. Außerdem erkundigt er sich nach dem zeitlichen Rahmen, innerhalb dessen der Stadtrat über mögliche weitere Maßnahmen informiert werden solle.

Herr Schweiger antwortet, die Liquiditätsplanung werde monatlich fortgeschrieben und der Finanzausschuss werde hierüber weiterhin regelmäßig informiert. Er bestätigt, dass weitere Gegensteuerungsmaßnahmen zur Verfügung stünden und auch eingesetzt würden. Zugleich betont er, dass die Überschreitung nach derzeitigem Stand lediglich temporär und auf einen einzelnen Monat begrenzt sei. Es gehe darum, diese Spitze abzufangen. Hierfür gebe es mehrere Möglichkeiten, die derzeit insgesamt geprüft würden. Er verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Folgen des Urteils zur Kreisumlage. Es gebe grundsätzlich eine Heilungsmöglichkeit. Diese bedeute zunächst, dass ein Rückzahlungsanspruch entstehe und der Landkreis anschließend möglicherweise durch eine neue Satzung einen neuen Anspruch begründen könne. Nach seiner Einschätzung liege zwischen diesen beiden Varianten in der Regel ein Delta, und die Heilung erfolge nicht innerhalb von vier Wochen, sodass eine Verrechnung von Rückzahlungsanspruch und neuem Anspruch kurzfristig nicht ohne weiteres möglich sei. Deshalb werde man sich mit dem Landkreis darüber verständigen müssen, wie das Urteil nun umgesetzt werden solle. Die Verwaltung stehe hierzu bereits mit der Kommunalaufsicht in Kontakt. Als letzten denkbaren Schritt ziehe man auch in Betracht, ob wegen der tatsächlich nur auf einen Monat begrenzten Überschreitung ausnahmsweise ein etwas höherer Liquiditätsrahmen für diesen Zeitraum ermöglicht werden könne. Darüber hinaus werde weiterhin nach Möglichkeiten gesucht, Ein- und Auszahlungen zu verschieben. Über den jeweiligen Stand werde die Verwaltung monatlich informieren, vorrangig gegenüber dem Finanzausschuss. Er hebt hervor, dass die tägliche Arbeit bereits jetzt darin bestehe, vorzeitige Ein- oder Auszahlungen zu beobachten und die Entwicklung monatlich eng zu begleiten, damit frühzeitig gegengesteuert werden könne. Abschließend erklärt er, es gebe noch einige Maßnahmen, die der Verwaltung bekannt seien und bei Bedarf vorgestellt würden.

Herr Reick nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Peché und erklärt, der Bürgerinitiative Sangerhausen gehe es insbesondere darum, dass alle Stadträte einen Eid beziehungsweise eine Verpflichtung zur Verschwiegenheit abgelegt hätten. Er kritisiert, dass eine kleine Gruppe des Stadtrates, nämlich die Fraktionsvorsitzenden, informiert worden sei und diese Informationen bereits am nächsten Tag in der Presse erschienen seien. Dies sei aus seiner Sicht nicht hinnehmbar. Solche Vorgänge dürften nicht passieren. Andernfalls könne man, so seine Zuspitzung, die Ratssitzung ebenso auf dem Markt durchführen. Er verweist darauf, dass es einen nichtöffentlichen und einen öffentlichen Teil gebe, wobei die Vertraulichkeit des nichtöffentlichen Teils zu wahren sei. Es dürfe nicht als normal hingenommen werden, dass vertrauliche Inhalte sehr schnell in der Presse stünden, obwohl Verschwiegenheitspflichten bestünden. Er fordert eine umfassende Aufklärung des Vorgangs und bittet die Verwaltung, daran mitzuwirken.

Herr Skrypek erklärt, er könne die Ausführungen von Herrn Reick nur unterstützen. Er kündigt an, dass sich die Runde der Fraktionsvorsitzenden damit erneut befassen müsse, wie künftig mit vertraulichen Angelegenheiten umzugehen sei. Es werde auch künftig Sachverhalte geben, die zwingend vertraulich behandelt werden müssten. Er verurteilt, dass nichtöffentliche Informationen an die Presse weitergegeben würden, bevor sie überhaupt behandelt worden seien. Problematisch sei insbesondere, dass der Stadtrat sich mit der Materie noch gar nicht befasst habe, während sie in der Öffentlichkeit bereits diskutiert werde. Darin liege ein Schaden für die Stadt, dessen Tragweite sich jede Stadträtin und jeder Stadtrat vor Augen führen solle.

Herr Schweiger schließt sich dem an und erklärt, die Verwaltung werde in naher Zukunft Vorschläge unterbreiten, wie mit derartigen Vorgängen künftig sicherer umgegangen werden könne.

Herr Thunert erklärt, er könne sich dem Gesagten nur anschließen. Er führt aus, dass die AfD-Fraktion in doppelter Weise betroffen gewesen sei, weil ihr unterstellt worden sei, sie habe bereits abgestimmt und der Entscheidung zugestimmt. Dies bezeichnet er als die größte Frechheit.

Herr Peché kehrt zum Bericht des Oberbürgermeisters und den Klagen zur Kreisumlage zurück. Er weist darauf hin, dass sich die Stadt seit zehn Jahren mit diesem Thema befasse. Er erinnert daran, dass er und auch andere Fraktionen immer wieder dazu aufgerufen hätten, dass Stadt und Landkreis gemeinsam zu einer Lösung kommen sollten. Nach seiner Darstellung bestehe die Wahrheit auch darin, dass selbst bei einer Kreisumlage von 43 % oder

50 % zwar Zahlungen an den Landkreis zu leisten seien, dieser dadurch jedoch ebenfalls nicht auskömmlich finanziert sei, weiterhin finanzielle Probleme habe und weiter konsolidieren müsse. Damit werde, so seine Darstellung, strukturell nichts gelöst, weil die eigentliche Ursache in einer unzureichenden finanziellen Ausstattung durch Land und Bund liege. Dies müsse aus seiner Sicht im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Die B.I.S.-Fraktion ruft deshalb erneut dazu auf, gemeinsam mit dem Landkreis einen Weg aus der Welle der Klageverfahren zu finden. Er erklärt, die für Rechtsanwälte und Gerichte aufzuwendenden Mittel seien zwar im Sinne der Rechtsdurchsetzung notwendig, gleichwohl müsse es endlich zu einer Klärung kommen. Ferner verweist er auf den vom Landrat verwendeten Begriff der „kommunalen Familie“ und fordert, dieser müsse mit Leben gefüllt werden, indem nicht nur derjenige berücksichtigt werde, der entscheide, sondern auch die übrigen zur Familie gehörenden Städte und Gemeinden. Er regt an, der Stadtrat könne insgesamt nochmals einen Aufruf an den Landrat richten, um gemeinsam mit den Städten und Kommunen einen Weg zu finden, der weitere Klagen vermeide und eine auskömmliche finanzielle Verteilung ermögliche.

Herr Schweiger erklärt hierzu, er könne sich dem ausdrücklich anschließen und sei dankbar für die politische Rückendeckung. Er berichtet, die Verwaltung habe dem Landkreis deutlich signalisiert, dass weiterhin Interesse an einer Beilegung des Konflikts bestehe, auch nachdem ein erster Vergleich gescheitert sei. Ebenso habe man ein fortbestehendes Interesse an einem „Finanzfrieden“ bekundet. Es sei kein Geheimnis, dass die Auseinandersetzungen auch die Stadt betreffen, weil die Aufwendungen für Anwälte, Gerichte und vor allem die gebundene Verwaltungsarbeit immens seien. Er unterstreicht, dass sich die Verfahren inzwischen nahezu über zehn Jahre erstreckten, während sich in dieser Zeit Stadträte, Bürgermeister, Landräte und sogar Berichterstatter bei Gericht verändert hätten. Ein solcher Zustand sei aus seiner Sicht nicht hinnehmbar. Er berichtet weiter, die Stadt habe deutliche Signale ausgesendet, dass an einer Verständigung gearbeitet werden solle. Er halte eine solche Einigung auch für möglich, wenn gemeinsam Spielregeln für die Ermittlung des Höchstsatzes festgelegt würden. Gleichzeitig habe die Stadt deutlich gemacht, dass sie nicht beabsichtige, sich einer Zahlung vollständig zu entziehen, da der Landkreis notwendige Aufgaben erfülle und über keine anderen nennenswerten Einnahmequellen verfüge. Dies sei im Übrigen auch ein Hintergrund der geänderten gesetzlichen Regelungen zur Heilungsmöglichkeit gewesen, weil der Gesetzgeber habe verhindern wollen, dass durch langjährige Streitigkeiten eine Seite vollständig ausfalle oder erbrachte Leistungen am Ende ohne Gegenleistung blieben. Er führt abschließend aus, die Verwaltung halte die Zeit für reif, einen neuen Anlauf zu unternehmen. Der beauftragte Rechtsanwalt sei bereits angewiesen worden, der Gegenseite dieses Signal nochmals zu übermitteln. Er erwarte daher, dass im Zuge der Umsetzung des Urteils erneut über das weitere Verfahren gesprochen werde und möglicherweise ein neuer Vorschlag unterbreitet werden könne. Dieser werde sodann auch mit dem Stadtrat besprochen. Eine gesonderte Beschlussfassung sei hierfür nach seiner Einschätzung nicht erforderlich, die

politische Unterstützung des Rates sei jedoch deutlich und werde von ihm gerne angenommen.

Herr Dobert bringt ein anderes Thema ein und weist vorab darauf hin, dass eine unmittelbare Beantwortung nicht zwingend erforderlich sei. Er fragt, ob die seit diesem Jahr geänderte Praxis, wonach der Rundfunkbeitrag wieder durch den MDR selbst und nicht mehr durch die städtischen Vollstreckungsbeamten beziehungsweise den Vollstreckungsaußendienst begetrieben werde, zu einer konkreten Entlastung des Vollstreckungsaußendienstes geführt habe oder ob dieser Bereich bislang ohnehin kein großes Gewicht gehabt habe.

Herr Schweiger sagt die Übermittlung einer entsprechenden Information zu.

Herr Siefke, Danilo nimmt nochmals Bezug auf das Thema des nichtöffentlichen Teils und der nach außen gedruckten Informationen. Er erklärt namens der SOS-Fraktion, man habe es nicht für in Ordnung gehalten, dass letztlich bei Herrn Ostrowski die Polizei angerufen habe und der Vorwurf im Raum gestanden habe, die Fraktion habe Personen dazu aufgerufen hierherzukommen und so lange sitzen zu bleiben, bis die Angelegenheit in den öffentlichen Teil komme. Die Fraktion halte es nicht für in Ordnung, wenn jemand einen solchen Vorwurf erhebe. Zwar sei man mitunter unbequem, gleichwohl seien derartige Vermutungen ebenso problematisch wie die Vermutung, die Weitergabe vertraulicher Informationen stamme aus dem Stadtrat. Er appelliert dafür, auf Augenhöhe miteinander umzugehen.

Herr Kemesies stellt sodann eine andere Frage zum Dreierteich. Er verweist darauf, dass im Haushalt eine Haushaltsposition enthalten sei, nach der dort eine Belüftung beziehungsweise ein Springbrunnen entstehen solle. Da die warme Jahreszeit bevorstehe und dies dem Gewässer aus seiner Sicht sehr guttun würde, fragt er nach, ob in dieser Richtung bereits etwas veranlasst worden sei. Er äußert die Hoffnung, dass bereits Schritte erfolgt seien.

Herr Schweiger erklärt, er habe die Hoffnung vernommen, müsse aber zugleich die Befürchtung äußern, dass dieses Thema bislang nicht prioritär nach vorn gestellt worden sei, weil die Verwaltung zunächst die großen Vorhaben, insbesondere das Sondervermögen und strukturelle Themen, habe abarbeiten wollen. Er versichert jedoch, dass Frau Diebes den Hinweis mitnehme und dafür sorgen werde, dass auf den Vorgang zusätzlicher Druck ausgeübt werde. Möglicherweise könne die Umsetzung dann auch relativ schnell erfolgen.

Herr Ostrowski fragt nach den Parkplätzen an der „Scharfen Ecke“. Er möchte wissen, ob dort Baumaßnahmen erforderlich würden oder ob die Regelung lediglich durch Markierung beziehungsweise farbliche Darstellung erfolge.

Frau Diebes führt aus, es werde wie bei allen anderen Parkplätzen verfahren: Es werde ein Schild aufgestellt beziehungsweise versetzt und die entsprechende Markierung vorgenommen.

TOP 6 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 6.1 Berufung und Verpflichtung von Stadträten auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten nach § 53 Abs. 2 KVG LSA

⇒ Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 6.2 Bestimmung von Vertretern für den Beirat der Rosenstadt GmbH Sangerhausen

⇒ Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

TOP 6.3 Genehmigung von außerplanmäßigen Auszahlungen nach § 105 KVG LSA in Höhe von 99.992,26 € für die Anschaffung eines mobilen Wasserschutzsystemes
Vorlage: BV/298/2026

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Hüttel erklärt, er habe hierzu noch eine Frage. Er möchte wissen, ob für den Transport des Systems zum Einsatzort noch besondere schwere Technik erforderlich sei oder ob dies mit vorhandener Technik, etwa einem Radlader, bewältigt werden könne. Er fragt, ob insoweit weiterer finanzieller oder planerischer Bedarf bestehe.

Herr Schuster erwidert, er sei kein Fachmann, aber nach seiner Einschätzung sei jedoch nicht davon auszugehen, dass zusätzliche weitergehende Technik erforderlich sei. Es handele sich um Leichtbauplatten mit Folienelementen. Nach seinem Dafürhalten könne dies mit den vorhandenen Kräften bewältigt werden, zumal die Feuerwehren über erhebliche personelle Unterstützung verfügten.

Herr Schweiger ergänzt, die vorhandene Technik reiche aus; besondere zusätzliche Technik werde für den Transport und Einsatz des Systems nicht benötigt.

Herr Siefke, Nico erklärt, er halte die Anschaffung grundsätzlich für richtig. Er finde es jedoch etwas irreführend, dass als Bezugspunkt das Hochwasser in Oberröblingen genannt werde, weil tatsächlich nur 200 Meter angeschafft würden, während in Oberröblingen kilometerweise Sandsäcke verbaut worden seien. Auch diese 200 Meter hätten an der Gesamtsituation in Oberröblingen aus seiner Sicht nicht wesentlich etwas geändert.

Herr Schuster stellt klar, Ziel der Anschaffung sei es, die bereits gute Aufstellung der Stadt weiter zu verbessern. Im Stadtgebiet Sangerhausen sowie in Wippra gebe es neuralgische Punkte, die wiederholt vom Hochwasserschutz betroffen seien; hierfür stelle das System eine sinnvolle und hilfreiche Anschaffung dar. Für Oberröblingen werde man bei vergleichbaren Ereignissen gleichwohl auch künftig an einzelnen Stellen nicht auf Sandsackverbau verzichten können. Grundsätzlich werde der Stadt mit dieser Anschaffung jedoch in erheblichem Maße geholfen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt den außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 99.992,26 € für die Anschaffung eines mobilen Wasserschutzsystemes im

- Produkt 12600100 – Brandschutz
- Sachkonto 08210000 – Betriebs- und Geschäftsausstattung

- Maßnahmenummer 126001M00027 (Betriebs- und Geschäftsausstattung (oberhalb der Wertgrenze)) zu.

Die Deckung erfolgt aus

- Produkt 12600100 – Brandschutz
- Sachkonto 08220000 – Bewegliche Vermögensgegenstände von mehr als 150 bis 1.000 Euro ohne Umsatzsteuer
- Maßnahmenummer 126001M00012 (Sammelposten für bewegliche Vermögensgegenstände)
- Betrag: 10.000,00 €

sowie

- Produkt 12600100 – Brandschutz
- Sachkonto 23410000 – Sonderposten aus Anzahlungen
- Maßnahmenummer 126001M00027 (Betriebs- und Geschäftsausstattung (oberhalb der Wertgrenze))
- Betrag: 89.992,26 €.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 1 - 17/26

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der

Beschluss-Nr. 1 - 17/26 registriert.

TOP 6.4 Aufhebung Sperrvermerk Haushaltsplan 2026 für das Bad in Wolfsberg Vorlage: BV/307/2026

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Predatsch, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks für das Bad in Wolfsberg in Höhe von 200.000 € im Produkt 42400100 Sportstätten und Bäder / Maßnahmenummer 424001M00007 und befürwortet die Durchführung der Baumaßnahme.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	32
Nein-Stimmen	=	0

Stimmenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 2 - 17/26

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der
Beschluss-Nr. 2 - 17/26 registriert.

16:49 Uhr – Beginn der Einwohnerfragestunde

Herr Siefke, Danilo trägt vor, er habe bereits vor acht Wochen wegen des Feuerwehrgebäudes in Gonna hinsichtlich einer möglichen Anmietung beziehungsweise eines Kaufs nachgefragt. Bislang habe er hierzu noch keine Rückmeldung erhalten. Er erinnert an seine Anfrage.

Herr Schweiger erklärt, die Erinnerung sei angekommen. Er entschuldigt sich dafür, dass die Bearbeitung so lange gedauert habe, obwohl dies nicht hätte der Fall sein sollen. Er sagt zu, dass Herr Siefke umgehend eine schriftliche Antwort erhalten werde. Frau Diebes nehme den Vorgang mit und werde die entsprechende Antwort veranlassen.

Herr Wilke kommt zur Sitzung

16:53 Uhr = 33 Anwesende

Herr Ostrowski verweist darauf, dass am heutigen Tag der Spielplatz am Schützenplatz eröffnet worden sei. Er erklärt, selbst nicht anwesend gewesen zu sein, und fragt nach dem Anklang der Eröffnung. Darüber hinaus erkundigt er sich danach, inwieweit Gespräche mit den zuständigen Personen beziehungsweise Stellen geführt worden seien, die künftig für Ordnung und Sicherheit sorgen sollten.

Herr Schweiger berichtet, der Spielplatz sei um 15:00 Uhr eröffnet worden. Die anwesenden Kinder hätten die Eröffnung jedoch bereits etwas vorgezogen, da sie nicht hätten warten wollen, was er nachvollziehen könne. Entscheidend sei aus seiner Sicht, dass der Spielplatz Freude und Spaß bereite. Nach seiner Einschätzung könne jeder Anwesende sagen, dass die Eröffnung ein Erfolg gewesen sei. Zugleich äußert er, es bestehe die Hoffnung, dass dies dauerhaft so bleibe, da gerade dieser Punkt eine wesentliche Sorge darstelle, über die auch bereits im Gremium gesprochen worden sei. Er teilt mit, dass in der Anfangszeit das Ordnungsamt den Bereich schwerpunktmäßig im Auge behalten werde. Darüber hinaus sei ein privater Sicherheitsdienst beauftragt worden, der auch außerhalb der üblichen Dienstzeiten des Ordnungsamtes auf den Spielplatz achten und dazu beitragen solle, dass dieser möglichst lange in dem guten Zustand erhalten bleibe.

Frau Baust weist darauf hin, dass in der Innenstadt weiterhin zahlreiche gelbe Säcke im öffentlichen Raum lägen. Zudem seien die öffentlichen Mülleimer seit Freitagabend überfüllt, sodass Abfälle danebenlägen. Sie erklärt, dass am Samstag und Sonntag keine Beseitigung erfolgt sei, was ein unansehnliches Erscheinungsbild zur Folge habe. Sie ergänzt, sie habe hierzu auch Fotos gefertigt. Ferner berichtet sie, dass die gelben Säcke noch am heutigen Tag dort lägen und sich zudem Sperrmüll in der Magdeburger Straße befinde. Sie fragt, ob insoweit Maßnahmen ergriffen würden.

Herr Schweiger erklärt, dass Maßnahmen ergriffen würden und hierzu eine Diskussion laufe. Hinsichtlich der Mülleimer führt er aus, dass diese regelmäßig kontrolliert und geleert würden, auch am Wochenende. Gegenwärtig bestehe jedoch die bekannte Problematik bei der Entsorgung der gelben Säcke, wodurch Bürgerinnen und Bürger nach alternativen Entsorgungsmöglichkeiten suchten. Dabei würden häufig die öffentlichen Abfallbehälter im Straßenraum genutzt, was nicht zulässig sei, da diese für Gelegenheitsabfälle und nicht für häuslichen beziehungsweise städtischen Hausmüll vorgesehen seien. Er führt weiter aus, dass hier verstärkt darauf geachtet werden müsse. Zum Umgang mit den gelben Säcken erläutert er, niemand dürfe seinen Müll auf städtischen beziehungsweise auf ihm nicht

gehörenden Flächen entsorgen. Deshalb werde geprüft, ob festgestellt werden könne, wem ein abgelegter gelber Sack zuzuordnen sei; dies entspreche dem üblichen Vorgehen bei sonstigen Müllablagerungen. Sofern eine Zuordnung nicht möglich sei, gingen die Entsorgungskosten zulasten der Stadt, weil dann derjenige entsorgungspflichtig sei, auf dessen Grundstück der Abfall liege. Da es sich in der Regel um Bürgersteige und Straßen handle, auf denen die Säcke abgelegt würden, entstünden der Stadt entsprechende Kosten. Gelingte es hingegen, den Eigentümer des gelben Sacks zu ermitteln, habe dieser die Entsorgungskosten zu tragen. Für den Fall, dass sich daraus ein flächendeckendes Problem entwickle, kündigt er an, es müsse geprüft werden, ob die Kosten gegebenenfalls demjenigen in Rechnung gestellt würden, der das grundlegende Problem verursacht habe.

Frau Stahlhacke berichtet, sie wolle zum Schützenplatz noch eine positive Rückmeldung geben. Auf dem Weg zur Ratssitzung sei ihr eine kleine Gruppe Seniorinnen begegnet, die sich sehr erfreut über die Eröffnung gezeigt habe. Diese habe insbesondere die Kinderspiele im Wasser positiv hervorgehoben. Vor diesem Hintergrund hält sie die ansprechende Gestaltung und Herrichtung des Schützenplatzes für richtig.

Herr Schweiger bestätigt diese Einschätzung. Er führt aus, er habe anlässlich der Eröffnung Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern führen können und wolle deren Rückmeldungen nochmals wiedergeben. Dabei seien ihm auch Sorgen mitgeteilt worden, wonach sich dort möglicherweise erneut Personengruppen aufhalten könnten, die als schwierig wahrgenommen würden und nach seiner Auffassung andere Nutzende verdrängten. Er habe bereits vor Ort darauf hingewiesen, dass das wirksamste Mittel hiergegen darin bestehe, dass der Platz von möglichst vielen Menschen genutzt werde. Wenn der Platz stark frequentiert werde, würden sich die unerwünschten Personengruppen dort nicht wohlfühlen. Er äußert die Auffassung, dass auf diese Weise die besseren Chancen bestünden, den Platz langfristig in seinem jetzigen Zustand zu erhalten.

Frau Baust fragt ergänzend nach der Situation im Bereich der „scharfen Ecke“, Kyllische Straße und Göpenstraße. Dort hielten sich freitagabends Jugendliche auf. Die vorhandenen Kapazitäten der Mülleimer reichten dort nicht aus. Sie weist darauf hin, dass an den betreffenden Standorten erkennbar sei, dass Abfälle weggeworfen werden, die vorhandenen Behältnisse jedoch überquollen. Sie führt aus, dass insbesondere Essensverpackungen in erheblichem Umfang anfielen und fragt, ob insoweit noch weitere Maßnahmen ergriffen würden.

Herr Schweiger erklärt, die derzeitige Einschätzung der Verwaltung sei, dass die Situation aktuell in besonderem Maße kritisch sei. Er führt aus, er wolle hierauf jedoch nicht in der Weise reagieren, dass die Anzahl der Mülleimer deutlich erhöht werde, indem etwa die doppelte Menge an Abfallbehältern aufgestellt werde. Zur Begründung legt er dar, dass hierdurch zusätzliche Möglichkeiten geschaffen würden, gelbe Säcke in öffentlichen Mülleimern zu entsorgen. Er weist darauf hin, dass es sich bei den angesprochenen Abfällen im Wesentlichen um Einmalverpackungen handle, die grundsätzlich auch anderweitig entsorgt werden könnten. Die Verwaltung werde die Entwicklung weiterhin im Auge behalten und prüfen, ob Abhilfe geschaffen werden könne. Er stellt zugleich klar, dass die von Frau Baust angesprochene Lösung letztlich bedeuten würde, größere oder zusätzliche Mülleimer anzubringen, was derzeit nicht beabsichtigt sei.

Herr Ostrowski gibt einen Hinweis zur Ernst-Thälmann-Straße. Er führt aus, dass sich auf dem Fußweg neben der Baulücke an dem weggebombten Haus, dessen Hausnummer ihm derzeit nicht bekannt sei, ein äußerst desolater Zustand zeige. Er regt an, dass die Verwaltung den betreffenden Abschnitt prüfen und feststellen möge, welche Maßnahmen zur Abhilfe veranlasst werden könnten.

16:59 Uhr – Ende der Einwohnerfragestunde

TOP 7 Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

**TOP 7.1 Eilentscheidung zur 1. Änderung des Nutzungsvertrages der Sportstätte
"Sportplatz Wippra"**
Vorlage: IV/029/2026

⇒ Wurde zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Information über Beschlüsse der beschließenden Ausschüsse

⇒ Wurde zur Kenntnis genommen.

Pause von 17:00 Uhr bis 17:20 Uhr

**TOP 12 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht
öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Skrypek stellte um 19:10 Uhr die Öffentlichkeit wieder her. Es wurde in nicht öffentlicher Sitzung ein Beschluss gefasst:

- *Beschluss zu Grundstücksregulierungen*

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, mit den Interessenten weiterführende Vertragsverhandlungen mit dem Ziel zu führen, ein Kaufangebot für Flächen im Bebauungsplanbereich IGF für maximal 130 Hektar zu unterbreiten und abzuschließen

Um 19:12 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez.
Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

gez.
Andreas Skrypek
Vorsitzender des Stadtrates